

30.11.2013

Wirtschafts
Woche

» Drucken

Energiewende

Grüner Protest gegen die Energiewende

von [Florian Zerfaß](#)

Ein Grünen-Ortsverband in Rheinland-Pfalz will sich selbst auflösen – aus Protest gegen die Zerstörung der Natur durch Windräder.



Der 53-jährige Peter Kühbach ist Grünen-Geschäftsführer in Kelberg. Er kritisiert das fehlende Konzept beim Windkraft-Ausbau

Quelle: Robert Poorten für WirtschaftsWoche

Wo der Besucher noch bewaldete Bergrücken sieht, erblickt Peter Kühbach schon ein Desaster. Obwohl es erst in Planung ist. „Da ist Platz für 20 Anlagen“, sagt Kühbach, deutet auf einige Hügel, „wenn es so kommt, dann sind wir hier umzingelt mit Windkraftmonstern.“ So nennt Kühbach die 200 Meter hohen Mühlen der neuesten Generation. „Die werden ohne Sinn und Verstand in die Gegend gebaut.“

Bei der Energiewende sieht der 53-Jährige rot. Obwohl er eigentlich ein Grüner ist. Bisläng jedenfalls. In Kelberg, einem 2000-Einwohner-Dörfchen im nördlichen Rheinland-Pfalz, mitten in der Vulkaneifel, ist Kühbach Geschäftsführer des Grünen-Ortsverbands. Doch er hat angekündigt, den Ortsverband aufzulösen. Aus Protest gegen die Energiewende.



Energiewende

Industrie stellt Regierung mieses Zeugnis aus

Die Energiewende müsse dringend neu gestaltet werden. Das mahnt der Bundesverband der Deutschen Industrie an. Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland stehe auf dem Spiel.

Peter Kühbach, ein Grüner im Windkraftwiderstand. Das ist nur ein bisschen komisch, vor allem aber ist es: konsequent. Bei fair gehandeltem Kaffee und Biomilch erklärt Kühbach, wie die Winde des Zorns in der Vulkaneifel heraufgezogen und zur Gründung der Bürgerinitiative „Sturm im Wald“ führten. „Die Landesregierung zwingt die Kommunen mit dem Landesentwicklungsplan, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen“, schimpft Kühbach, „dabei gibt es nicht einmal eine Bedarfsanalyse, wie viele Anlagen überhaupt gebraucht werden.“

So werden Bäume gefällt, die nicht fallen müssten. Damit Windräder gebaut werden können, die vielleicht gar nicht gebaut werden müssten. Und doch großen Schaden anrichten, wie Kühbach befürchtet. „Die Windräder würden die Landschaft komplett verändern und damit auch den Tourismus, von dem die Menschen hier leben. Der würde sicherlich stark zurückgehen.“

Es sind nicht nur die Auswirkungen für Schwarzstörche und Rotmilane, Fledermäuse und Kraniche, die den Eifler stören. Es ist vor allem das fehlende Konzept beim Ausbau der Windkraft.

Vorwürfe finden kein Gehör

Wo die Energiewende funktioniert



1

alle Bilder

Im internationalen Vergleich gibt es kaum ein zweites Land, das sich derart ambitionierte Ziele zur Umstellung seines Energiesystems gesteckt hat wie Deutschland. Daher existiert auch kein Gesamtkonzept, das als Blaupause für die deutsche Energiewende dienen könnte. Dennoch kann Deutschland von anderen Ländern lernen. Eine Studie von McKinsey im Auftrag von Siemens stellt Beispiele aus verschiedenen Ländern vor und zeigt, was davon in welchem Umfang auch in Deutschland erfolgreich umgesetzt werden könnte. Die Fallbeispiele beziehen sich auf die wesentlichen Elemente der deutschen Energiewende entlang der Energiewertschöpfungskette: Stromerzeugung, Verteilung oder Balancierung von Angebot und Nachfrage sowie Steigerung der Energieeffizienz.

Bild: dpa

Kühbach schwebt als erster Schritt eine Kartierung des Landes vor. Rheinland-Pfalz, eingeteilt nach Eignung für Windräder und nach Strombedarf. Die besonders gut geeigneten Standorte könnten dann versteigert werden. „Für die Gemeinden würde so viel mehr Geld reinkommen.“

Zugleich, glaubt Kühbach, müssten weniger Flächen bebaut werden. Denn wenn diese für teuer Geld ersteigert werden müssten, dürften Bieter nur Gebiete auswählen, auf denen sich ein Betrieb der Anlagen wirtschaftlich rechnet. Förderungen wie die EEG-Umlage könnten zurückgefahren werden. „Wir müssen auf Dauer weg von Subventionen“, findet Kühbach.



Energie

"Energiewende wird scheitern"

Ohne Not gibt Deutschland eine wirtschaftliche und sichere Energieversorgung auf und steigt um auf ein teures wie instabiles Konzept. Für den Industriestandort birgt das fatale Risiken, findet Gastautor Werner Ressing.

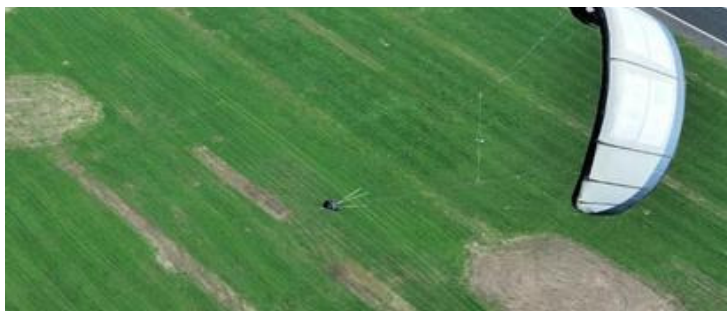
Gehör hat er mit seinen Vorschlägen aber noch nicht gefunden. So kann Windrad um Windrad wachsen und mit ihnen der Widerstand. „Es gärt an der grünen Basis in Rheinland-Pfalz – und auch in anderen Bundesländern“, sagt Kühbach. Dass die Stammwähler auf dem Land davonlaufen, hat er an die Grünen-Fraktion im Mainzer Landtag geschrieben, die dort mit der SPD regiert. An die Wirtschaftsministerin Eveline Lemke, an Umweltministerin Ulrike Höfken, beide grün. „Niemand kann es verstehen, was Ihr mit dem Ausbau der Windkraft anrichtet.“

Die für die Energiewende zuständige Wirtschaftsministerin Lemke will von den Vorwürfen Kühbachs nichts wissen. Das Wahlprogramm und der Koalitionsvertrag seien auf solide Berechnungen gestützt. „Das rechnerische Ziel von 7500 Megawatt Windleistung im Jahr 2030 steht damit fest. Heute sind etwas über 2100 Megawatt installiert“, sagt Lemke und weist zudem darauf hin: "Wir müssen auch neue Nutzungsarten mitdenken.“ Künftig werde Strom auch dort zum Einsatz kommen, wo bisher andere Energie genutzt wird. Zugleich könnte vielerorts der Verbrauch durch Effizienzsteigerungen sinken. Von einer Obergrenze für Windmühlen hält Lemke deshalb nichts.

Auch den Vorwurf, das Ministerium vernachlässige die Interessen der Menschen vor Ort, weist die Grüne zurück. "Wir haben die Entscheidungen über den Bau von Windkraftanlagen so dicht am Bürger angesiedelt, wie es die Landesverfassung zulässt. Die Planungshoheit liegt über die Flächennutzungspläne immer bei den Kommunen.“ Das Landesentwicklungsprogramm gegen lediglich „einen landesweiten Rahmen zur Ausgestaltung vor.“

Burgfrieden bis Januar

Lenkdrachen soll Energie gewinnen



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 ...

[alle Bilder](#)

Sie sehen aus wie übliche Lenkdrachen, doch sollen sie zukünftig der Gewinnung von Windenergie dienen. Die Technische Universität Delft in den Niederlanden, deren Drache hier zu sehen ist, forscht seit Jahren im [Kite Power](#) Projekt an dieser Technologie und hat schon mehrere Prototypen getestet. 2015 könnten laut der Brandenburger Firma [Enerkite](#) die fliegenden Kraftwerke auch in Deutschland für Energie sorgen.

Die Drachen fliegen dafür in 300 bis 600 Metern Höhe und zapfen dort die konstanten Windströme für die Stromgewinnung ab. Über ein Seil ist der Drache mit einer mobilen Bodenstation gekoppelt. Die Flugsteuerung sowie der Generator laufen per Autopilot. Im Gegensatz zu großen Windanlagen sind die „Energiedrachen“ flexibel einsetzbar, leise und auch noch günstiger.

Bild: [Twitter](#)

Für sich genommen, ist es nur ein kleiner Krach, der in der Eifel aufbricht, doch er liegt an einer großen Konfliktlinie – der zwischen grünen Klimaschützern und grünen Naturschützern.

So zeichnet sich eine Zerreißprobe ab. Sturm im Wald aus der Vulkaneifel und 25 andere Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesland haben sich im September zum „Bündnis Energiewende für Mensch und Natur“ zusammengeschlossen. Als das ZDF-Magazin „Frontal 21“ unter dem Titel „Rettet den Wald vor den Grünen“ über die Vereinigung berichtete, wurde es stürmisch. Der grüne Landesverband Rheinland-Pfalz reagierte scharf. Einseitig sei der Bericht, schlecht recherchiert. Und obendrein: Es sei klar, dass die Windkraftgegner von der CDU instrumentalisiert seien.

WEITERE ARTIKEL

Monitoring der WiWo Wie die Energiewende noch gelingen kann

Energiewende Der große Schub beim Strompreis

NRW Energiewende entzweit SPD und Grüne

Diese Reaktion wiederum brachte die Windkraftgegner in Wallung. Ein CDU-Verein? „Haben Sie noch alle Tassen im Schrank?“, fragte Uwe Anhäuser vom Bündnis Energiewende per Mail an den Grünen-Landesverband zurück. Dem Bündnis gehörten „etwa zwei Drittel ehemaliger Sympathisanten, Anhänger, Wähler und Mitglieder der Grünen“ an.

Auch Kühbach setzte sich an seinen Rechner und schrieb eine Mail nach Mainz. „Was diese Stellungnahme zeigt, ist euer Unvermögen, konstruktiv auf die Kritik der Menschen an eurer sogenannten Energiewende einzugehen“, schrieb der Eifler, es führe dazu, „dass sich einer der ältesten grünen Ortsverbände in

Rheinland-Pfalz nun auflösen wird“.

Erst da reagierte auch der Landesvorstand. Vergangene Woche gab es ein Krisengespräch. Das Ergebnis ist ein Burgfrieden bis Januar. Kühbach: „Wenn die Regierung bis dahin nicht konkrete Vorschläge liefert, wie sie uns entgegenkommt, dann stellen wir den Auflösungsantrag.“

© 2013 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

[Nutzungsbedingungen](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#) [Mediadaten-Online](#) [Mediadaten-Print](#) [Archiv](#) [Kontakt](#)